

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in den Geschäftsstellen und den Abgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 Mk., bei Goldbestellung 3 Mk. einschließlich Abrechnung. Die Postzustellung ist ebenfalls möglich. Einzelnummern 20 Pfennig. Einrückungen in den Anzeigen werden nach Möglichkeit angenommen und unsere Kunden zu jeder Zeit entgegen zu kommen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung des Blattes oder Rückerstattung des Bezugspreises. — Abkündigung eingetragener Anzeigen erfolgt nur, wenn Vorzug besteht.

Witzelgehe: Die Spezialisten-Reklameweise 20 Goldpfennig, die Spezialisten-Reklameweise im restlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr: 20 Goldpfennig. Post- und Verlagskosten sind nicht zu zahlen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Abrechnung der Anzeigen erfolgt durch den Verleger. Jeder Abrechnungsbogen ist zu unterschreiben und mit dem Betrag durch den Abnehmer zu versehen. Anzeigen werden nicht angenommen, wenn sie gegen die Bestimmungen des Reichsdruckgesetzes verstoßen. Anzeigen werden nicht angenommen, wenn sie gegen die Bestimmungen des Reichsdruckgesetzes verstoßen.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Pflaß.

Nr. 240. — 83. Jahrgang Teleg.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Sonntag, 12. Oktober 1924

Englische und deutsche Krisen.

Auch das englische parlamentarische Leben flieht nicht mehr in der ruhigen wellenförmigen Bewegung dahin wie früher, seitdem neben den zwei alten Parteien erst die Freie, dann vor allen Dingen die Arbeiterpartei Boden gewonnen. Damit war das Wechselspiel zwischen Konservativen und Liberalen zerstört. Die Wahlen, die dem Kabinett Baldwin in den Sturz brachten, haben auch die Unmöglichkeit veranlaßt, in der alten Form, also auf Grund einer klaren Mehrheit, im Parlament weiterzuregieren. Es trat ein Gleichgewicht der Kräfte zwischen jenen alten Parteien und der Arbeiterpartei ein; diese, weil sie eine starke Vermehrung ihrer Mandate erzielt hatte, übernahm die Regierung und führte sie — freilich nur so lange, als die andern das duldeten. MacDonald hat niemals eine zuverlässige Mehrheit im Parlament gehabt, sondern lebte nur von der Gnade der Opposition; freilich war diese Opposition in sich gespalten, so daß der Ministerpräsident mit wechselnden Mehrheiten arbeiten konnte. Gefährlich wurde die Lage erst, als sich diese Opposition in einem Punkte geeinigt hatte, nämlich in dem, die Arbeiterregierung zu stürzen. Ob dies gelungen ist, wird erst der 29. Oktober, an dem die Neuwahlen stattfinden sollen, entscheiden, denn die Entscheidung ist durch die Auflösung des Parlaments in die Hände des englischen Volkes zurückverlegt.

Ohne weiteres ist sichtbar, wieviel Ähnlichkeiten die englische und deutsche Regierungskrise miteinander haben. Hier wie dort flüht sich das Kabinett auf eine Minderheit, lebt von der Gnade der Mehrheit, fristet sein Dasein, solange sich die Opposition, die in sich gespalten ist, noch nicht hat einigen können in dem einen Punkt, nämlich, das Kabinett der Minderheiten zu stürzen. Nur liegt der große Unterschied zwischen beiden Ländern darin, daß MacDonald der Krise dadurch ein schnelles Ende bereitet hat, daß er das Parlament auflöste, während bei uns um dieses Durchhauen des Gordischen Knotens sorgfältig herumgegangen wird und die Krise im Dauerzustand bleibt. Vielleicht ist in Deutschland aber eine solche Lösung deswegen kaum möglich, weil bei der Auflösung des Parlaments etwas Entscheidendes doch nicht herauskommen würde. Würde Reichskanzler Marx glauben, auf Grund von Neuwahlen eine zuverlässige Mehrheit im Reichstag zu bekommen, so würde er zweifellos auflösen; aber er hat diesen Glauben selbst nicht. Niemand hat diesen Glauben, sondern jeder ist überzeugt, daß sich das Aussehen des neuen Reichstages nur ganz unweissentlich von dem des augenblicklich bestehenden unterscheiden würde. Denn der Deutsche wählt ja nicht so, daß er mit seiner Stimmabgabe ein Urteil fällt über die Leistung bzw. die Fehler der Regierung, ihr sein Vertrauen bzw. Mißtrauen ausdrückt, wie es der Engländer tut, der sich durch irgendwelche Versprechungen für die Zukunft nicht beirren läßt. Der Deutsche entscheidet sich nach dem Programm dieser oder jener Partei. MacDonald richtet also einfach die Frage an den englischen Wähler: Willst du das, was ich in der Zeit geleistet habe, da ich am Steueruder des englischen Staatschiffes stand? Habe ich Erfolge gehabt? Soll ich auf dem Wege, den ich gegangen bin, weiter fortfahren? Unter solchen Umständen ist es nicht so schwer, Neuwahlen, also die Entscheidung des Volkes, herbeizuführen, weil die Fragestellung einfach und damit die Verantwortung klar ist. Von Schlagworten, Versprechungen, zum Himmel greifenden Verheißungen ist bei einem solchen englischen Wahlkampf überhaupt nicht die Rede. MacDonald kann auf mancherlei Erfolge hinweisen: ob freilich das englische Volk sich diese Beurteilung zu eigen machen wird, ist eine Frage, die erst der 29. Oktober entscheidet. Darum kann man auch in England den Wahltermin schon auf einen nahen Tag legen, der einen langen erbitterten Wahlkampf verhindert, diesen stark abkürzt. Vor Überraschungen ist man ja freilich, wie überhaupt in der Politik, so auch in dem Urteil des englischen Volkes trotz seiner den europäischen Durchschnitt überragenden politischen Reife auch nicht sicher.

Gewiß hätte die deutsche Regierung Marx bei einer etwaigen Auflösung und Neuwahl im Wahlkampf auf mancherlei Erfolge hinzuweisen, bloß weiß man nicht, ob diese Erfolge von heute auch Erfolge von morgen sind. Die Regierung Marx hat aber auch Angriffslächen, und wahrscheinlich würden in den Wahlkampf Schlagworte hineingetragen, die mit der augenblicklichen Verantwortung der Krisen und der dadurch etwa herbeigeführten Auflösung des Reichstages nur lose zusammenhängen. Man braucht nur an die Fragen der Agrarischen Union und des Achtstundentages zu denken. Und die ganze Situation wird dadurch nicht gerade erleichtert, daß bei uns nicht drei, sondern ein ganzes Bänderbüdgen von Parteien gegen- und durcheinander arbeiten.

In England hat vielhundertjährige Gewöhnung an den organisch gewachsenen Parlamentarismus es zwangsläufig mit sich gebracht, daß dieser Parlamentarismus sich einfügt in das Leben des Staates, ihn stützt und trägt, ihn nicht bemerkt, wie es in Deutschland noch nicht ganz ver-

Die Anleihebedingungen unterzeichnet Gewaltige Ueberzeichnung in Amerika

(Eigener Fernsprechschrift des „Wilsdruffer Tageblattes“.)

London, 11. Oktober. Die Verhandlungen über die Aufbringung der 800 Millionen-Anleihe an Deutschland sind gestern abgeschlossen worden. Das Protokoll ist von den Vertretern der beteiligten Staaten unterzeichnet worden. Ueber die Bedingungen sind bis zur Stunde Einzelheiten noch nicht zu erfahren.

Vor seiner Abreise von London hatte Owen Young Unterredungen mit dem Gouverneur der Bank von England, mit dem deutschen Finanzminister Dr. Luther und den anderen beteiligten Persönlichkeiten. Überall herrschte die beste Stimmung. Alles, was noch fehlte, war die endgültige Zustimmung von einem oder zwei Ländern zu der ihnen zugeschriebenen Summe.

Es steht fest, daß die Anleihe zu einem Kurse ausgeben wird, der bei einer normalen Verzinsung von 7 % den Zeichnern rund 8 % Ertrag bringen wird. Die Anteile sind folgendermaßen geregelt worden: England 12 Millionen Pfund, Frankreich 3 Millionen Pfund (in Goldfrank), Belgien 1 1/2 Millionen Pfund, Holland 2 Millionen Pfund, Schweden 1 1/2 Millionen Pfund, die Schweiz 1 1/2 Millionen Pfund, Italien 1 1/2 Millionen Pfund.

In Newyork traf die formelle Bestätigung der zurzeit in London weilenden Vertreter des Bankhauses Morgan ein, daß die Anleihe am Dienstag gleichzeitig in Newyork und in London aufgelegt werde. An der Spitze des amerikanischen Syndikats stehen die Bankfirmen Morgan, Rubin & Co., die First National Bank, die National City Bank. Fast 400 Banken aus allen Landesteilen haben ihre Zulassung zur Transaktion nachgesucht. Uebereinstimmend wird berichtet, daß das Interesse an der Anleihe allgemein über erwarten groß ist. Es wird mit rascher Ueberzeichnung gerechnet. Jetzt schon laufen bei den Banken beträchtliche Aufträge ein.

Zum Abschluß der Verhandlungen.

(Eigener Fernsprechschrift des „Wilsdruffer Tageblattes“.)

London, 11. Oktober. Trotdem über den Inhalt des gestern in London unterzeichneten Anleihevertrages nichts amtliches verlautet, sind aus gut unterrichteter Quelle doch verschiedene Einzelheiten bekannt geworden. In dem Vertrag haben die Banken keine Verpflichtung übernommen, die Anleihe voll zu zeichnen, falls die vom Publikum nicht ganz aufgenommen werden sollte. Sie wird zum Kurse von 92 Prozent und bei einem Zinsfuß von 7 Prozent aufgelegt werden. Die Anleihe wird nicht vor Montag zur Zeichnung aufgelegt werden, auch soll vor Montag keine offizielle Ankündigung erfolgen. Dieser Beschluß ist auf den Wunsch der Bank von England hin gefaßt worden, da die Bank wegen des Wochenendes sich für die Durchführung dieser Maßnahme einsetzte. Ueber die sonstigen Einzelheiten ist bisher nichts zu erfahren gewesen. Man ist allgemein davon überzeugt, daß die Anleihe mit Leichtigkeit untergebracht werden kann. Die Reparationskommission muß jetzt nur noch ihre Genehmigung zu dem Anleihevertrag erteilen, was schon in kürzester Zeit zu erwarten ist, zumal da Owen Young sich gestern nachmittags nach Paris begeben hat, um über diese Angelegenheit zu verhandeln.

London, 11. Oktober. Neuter knüpft an die Mitteilung, daß die Abmachungen zur Aufbringung der deutschen Anleihe unterzeichnet sind, folgende Bemerkungen: Die gesamte Anleihe wird von der Reichsbank auf das Konto des Generalagenten für die Reparationszahlungen eingezahlt. Frankreich, das sich mit 3 Millionen Pfund an der Anleihe beteiligt, wird während des ersten Jahres Sachlieferungen von 20 Millionen Pfund erhalten. Die englischen, französischen, amerikanischen, belgischen und deutschen Bankiers und Beauftragten, waren schon gestern

meidbar geworden ist. So verhiert bei uns das Parlament manchmal die schnelle Herbeiführung von Entscheidungen, die für das staatliche Leben von größter Wichtigkeit sind. Die Parteien führen ein Eigenleben eigenfünigster Art, ohne selbst geringfügigere Ziele zurückstellen zu wollen.

Der Deutsche ist der Systematiker und der Engländer der Praktiker des Parlamentarismus.

Immer noch Verhandlungen.

Berlin, 10. Oktober.

Heute vormittag empfing der Kanzler im Beisein der Minister Stresemann, Jarres, Hamm und Graf Hanke die Führer der Koalitionsparteien. In der Besprechung betonten sowohl die Demokraten wie auch das Zentrum, daß sie im gegenwärtigen Zeitpunkt eine Erweiterung der Reichsregierung nach rechts durch Aufnahme der Deutschnationalen für unzulässig halten. Vom Zentrum wurden dem Vernehmen nach als Gründe vorgebracht: Ge-

vormittag in der Bank von England zur Unterzeichnung des Abkommens zusammengekommen.

Der amerikanische Anteil bereits um 1 Milliarde Dollar überzeichnet.

(Eigener Fernsprechschrift des „Wilsdruffer Tageblattes“.)

New-York, 11. Okt. Wie der World meldet, ist der amerikanische Anteil der deutschen Anleihe bereits um 1 Milliarde Dollar überzeichnet worden.

Frankreichs Beteiligung an der deutschen Anleihe.

Paris, 11. Oktober. Gestern vormittag hat im Finanzministerium eine neue Besprechung zwischen dem Finanzminister und Vertretern der französischen Banken in der Frage der Beteiligung Frankreichs an der deutschen Anleihe stattgefunden.

Die Sachverständigen vor der Reparationskommission.

(Eigener Fernsprechschrift des „Wilsdruffer Tageblattes“.)

Paris, 11. Oktober. Die Reparationskommission ist gestern vormittag zu einer längeren Sitzung zusammengetreten, in deren Verlauf der französische Ingenieur und Kommissar der neuen Eisenbahngesellschaft Levevre gehört wurde. Dieser erstattete Bericht über seinen Aufenthalt in Deutschland. Am 3 Uhr nachmittags ist Owen Young, der soeben von London zurückgekehrt war, vor der Repto erschienen. Die Sitzung dauerte bis nach 8 Uhr. Man mißt ihr große Bedeutung bei, da von ihrem Verlauf abhängt, ob die Reparationskommission am nächsten Montag zur zweiten Feststellung über die Ausführung des Sachverständigenberichts schreitet. Gegen 10 Uhr abends wurde eine Erklärung ausgegeben. Owen Young erteilte Auskünfte über die Maßnahmen, die Deutschland und die verbündeten Regierungen zur Ausführung des Sachverständigenberichts ergreifen haben. Weiter berichtete er über den Verlauf der Londoner Verhandlungen, die über die 800-Millionen-Anleihe geführt wurden.

Die Ueberfahrt nach Amerika abermals abgefaßt.

(Eigener Fernsprechschrift des „Wilsdruffer Tageblattes“.)

Friedrichshafen, 11. Oktober. Die Ueberfahrt des Zeppelinluftschiffes nach Amerika ist heute morgen 8,35 Uhr abgefaßt worden.

Ein amerikanisches Lenkluftschiff verunglückt.

Berlin, 11. Oktober. Der Lokalanzeiger meldet aus Newyork, daß das Militärluftschiff T. C. 2, das gestern aus Aberdeen in Maryland angekommen war, verunglückte. Als es sich in einer Höhe von 150 Fuß über Long Key Field befand, explodierte eine mitgeführte Bombe und brachte die Gasfüllung in der seidenen Hülle des Luftschiffes zur Entzündung. Das Luftschiff stürzte zu Boden. Die Mannschaft hatte keine Zeit mehr, die Fallschirme zu benutzen. 2 Offiziere wurden ernstlich, 3 Unteroffiziere leicht verletzt.

jährung der 800-Millionen-Anleihe, Gefährdung der privaten Kredite, Rücksicht auf das besetzte Gebiet und auf die bevorstehende Umbildung der englischen Regierung.

Später kamen die Vertreter der Sozialdemokraten zum Kanzler, der ihnen vom Stande der Dinge Kenntnis gab. Die Sozialdemokraten selbst führten aus, ihre Wünsche bewegten sich durchaus im Rahmen der Richtlinien des Reichskanzlers. Dagegen hätten die letzten deutschnationalen Erklärungen ihrer ganzen Formulierung nach nur den Zweck, die von dem Reichskanzler auf Grund seiner Richtlinien gewünschte Regierungserweiterung unmöglich zu machen. Sie stelen aus dem Rahmen der Richtlinien des Reichskanzlers heraus. Die Sozialdemokraten sahen deshalb den Plan des Kanzlers auf Bildung einer Volksgemeinschaft als gescheitert an. Der Reichskanzler soll angeblich dazu erklärt haben, er könne die Auffassung der Herren nicht unterstützen.

Zuletzt fand noch eine Aussprache des Kanzlers mit den Beauftragten der Deutschnationalen Volkspartei statt. Nach der offiziellen kurzen Mitteilung darüber